



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Kreistagsfraktion Oberbergischer Kreis

Das Beste für's Oberbergische.



SPD-Kreistagsfraktion Oberbergischer Kreis – Bahnhofstr. 2 – 51766 Engelskirchen

Rede von Ralf Wurth zum Doppelhaushalt 2015/16, 11.12.2014

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren,

am Abend des 25. Mai dieses Jahres stand fest: CDU und FDP haben die Kreistagswahl im Oberbergischen Kreis verloren. Zusammen verfügen beide Parteien in diesem Kreistag über keine Mehrheit mehr. Nun wäre es an der Zeit gewesen, aus dem Wahlergebnis Konsequenzen zu ziehen, neue Mehrheiten zu suchen und dem Willen der Wählerinnen und Wähler nach Veränderung zu folgen.

Angesagt gewesen wäre eine Runderneuerung der oberbergischen Politik, für die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit bereit standen und mit bereit stehen.

Erstens ist es unser Ziel, dass die Menschen im Oberbergischen gut leben und ihre Arbeit gerecht bezahlt wird.

- Wir sind stolz, dass auf Bundesebene endlich ein Mindestlohn eingeführt wurde. Im Rahmen seiner Zuständigkeiten sollte der Kreis deshalb alles daran setzen, dass jetzt auch tatsächlich ein Stundenentgelt von mindestens 8,50 EUR in der Lohn-tüte landet.
- Wir wollen die Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ständig verbessern. Dies ist ein zentraler Standortfaktor für unsere gewerblich-industrielle Wirtschaft. Deshalb bleibt es unser Ziel, auf Kreisebene ein umfassendes Qualifizierungs- und Weiterbildungsnetz zu errichten – und zwar eins, das diesen Namen auch verdient.
- Wir sind dafür, die Fachhochschule Köln mit ihrem Campus Gummersbach zu einer Technischen Hochschule fortzuentwickeln. Und wir möchten alle Berufsschul-Standorte im Oberbergischen sichern und stärken.
- Wir setzen auf ein inklusives Schulangebot, in dem die Schulen für die Schülerinnen und Schüler da sind – nicht umgekehrt. Wenn dies Elternwille ist und es dem Kindeswohl dient, wollen wir ausdrücklich, dass Unterricht in einer Regelschule stattfindet. Und dort, wo eine hinreichende Zahl von Eltern es wünscht, sollten Förderschulen fortbestehen.

SPD-Kreistagsfraktion
Oberbergischer Kreis
Bahnhofstraße 2
51766 Engelskirchen-Ründeroth

Telefon: (0 2263) 4811928
Telefon: (0 2263) 9027077
Telefax: (0 2263) 9027072

e-Mail:
info@kreistags-spd.de
Internet:
<http://www.kreistags-spd.de>

Kreissparkasse
Köln
BLZ 370 502 99
Konto 341553902

- Da – anders als die vormalige Mehrheit – Rot-Grün im Landtag zugesagte Mittel für den Kita-Ausbau tatsächlich bereitgestellt hat, kommen wir in der Kleinkind-Betreuung gute Schritte voran. Darauf sind wir stolz. Langfristig bleibt es unser Ziel, nicht nur das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen.
- Wir müssen uns im Oberbergischen fit machen für den demographischen Wandel. Wir brauchen zum Beispiel eine altersgerechte Stadtplanung und eine hinreichende Gesundheitsversorgung für den ländlichen Raum.
- Die Menschen im Oberbergischen haben ein hohes Mobilitätsbedürfnis. Dies ist durch die hiesige Siedlungsstruktur bedingt. Man muss seinen Arbeitsplatz erreichen, der nicht am Wohnort liegt. Oder man möchte die Freizeitangebote nutzen, die andernorts im Kreisgebiet und in den benachbarten Großstädten gegeben sind. Deshalb treten wir dafür ein, dass jede und jeder im Kreisgebiet die Mobilitäts-Chancen erhält, die sie oder er nachfragt. Wir sehen in der anstehenden Fortentwicklung des Nahverkehrsplans ein Mittel, diesen Wünschen stärker gerecht zu werden.
- Wir bedauern es noch heute, dass die Kreistagsmehrheit unsere damalige Forderung abgelehnt hat, Mittel aus dem damaligen Konjunkturpaket II den Städten und Gemeinden zum Ausbau der DSL-Versorgung zur Verfügung zu stellen. Die Aufgabe, im Kreis die besten technologischen Voraussetzungen für Information und Kommunikation zu schaffen, bleibt deshalb eine noch zu meisternde Herausforderung. Jetzt könnten für die Breitbandverkabelung Mittel aus dem Europäischen Konjunkturprogramm fließen. Die Verwaltung ist aufgefordert, sich frühzeitig um mögliche Förderungen zu kümmern.
- Als weiteres Standbein für örtliche Wirtschaft wollen wir den naturnahen Tourismus fördern. Das Oberbergische hat eine einzigartige Kulturlandschaft, deren Vielfalt erhalten werden muss. Neu erschlossene Wanderwege oder zum Beispiel die Radwege auf der stillgelegten Bahntrasse von Remscheid-Lennep bis Marienheide helfen, diese Kulturlandschaft unmittelbar zu erleben. Wir sind froh, dass Schloss Homburg endlich wieder den Besucherinnen und Besuchern zur Verfügung steht. Aber wir merken an: Die jahrelangen Bauverzögerungen sprechen nicht für die Projektplaner des Kreises.
- Damit die ökologische und kulturelle Vielfalt des Oberbergischen jährlich eine bildhafte Widerspiegelung findet, fordern wir weiterhin – statt vieler Landratsempfänge zu unterschiedlichen Themen – einen oberbergischen Heimat-, Kultur- und Umwelttag, der dann abwechselnd in einer der oberbergischen Städte oder Gemeinden stattfindet und auf die Menschen in unserem Kreis ihre vielfältigen Aktivitäten in Beruf, Freizeit und Ehrenamt darstellen können.

Wir treten zweitens dafür ein, dass eine **schlanke und moderne Kreisverwaltung**, sich als **effektiver Dienstleister** für Bürgerinnen und Bürger sowie für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden versteht. Wir wollen weg vom obrigkeitsstaatlichen Denken, das bislang das Kreishandeln viel zu oft prägt. Deshalb sind wir

- für eine Aufgabenkritik bei den Kreistätigkeiten gemeinsam mit den Bürgermeistern; also Überprüfung, ob eine konkrete Tätigkeit nicht besser auf der gemeindlichen Ebene erledigt werden kann.
- für eine Verwaltungsstrukturreform durch Abschaffung einer Hierarchieebene; also Wegfall entweder der Dezernenten oder der Amtsleitungen.
- für eine Orientierung des Verwaltungsaufbaus an den Haushaltsprodukten, Produktgruppen und Produktbereichen; also Organisationsaufbau entlang der zu erbringenden Dienstleistungen.
- für eine Fortentwicklung der Rechnungsprüfung zu einem echten Verwaltungscontrolling; also Anwendung betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente in der Verwaltungsführung.

- für die Initiierung eines Personalentwicklungskonzepts; also strukturierte Qualifizierung und Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für zukünftige Tätigkeiten.
- für eine interkommunale Zusammenarbeit im Beschaffungswesen und für gemeinsame EU-weite Ausschreibungen zusammen anderen Nachfragern; also Bündelung von Aufträgen, wenn über Mehrmengen Preisnachlässe erzielt werden können.

Drittens wollen wir die Transparenz der Entscheidungsfindung auf Kreisebene stärken und im Kreis mehr Demokratie wagen.

- Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Sitzungen des Kreistags und des Kreisausschusses mittels Live-Stream im Internet zu sehen sind und somit jede und jeder die Debatten nachverfolgen kann.
- Deshalb sollte es den Bürgerinnen und Bürgern des Oberbergischen Kreises im Netz ermöglicht werden, sich auf einer Plattform „LiquidOberberg“ frühzeitig zu Verwaltungsvorlagen zu äußern, diese zu bewerten, Änderungs-Vorschläge zu machen oder Alternativen vorzuschlagen.
- Deshalb muss die Steuerung der Verwaltung mittels Zielen und Kennziffern endlich voranschreiten.
- Deshalb wehren wir uns gegen jeden Versuch, den Kreistag in seinem ureigenen Recht der Budgetentscheidung einzuschränken, egal von wo und wem ein solcher Vorschlag kommt.
- Und deshalb hat die Kreisverwaltung von sich aus die ehrenamtlich tätigen Kreistagsmitglieder über gravierende Veränderung zum Beispiel im Etatvollzug zu unterrichten. Nur dann Informationen zu liefern, falls konkret nachgefragt wird, reicht nicht.

Trotz ihrer Wahlniederlage, meine Damen und Herren von CDU und FDP, wollten sie diesen – eben dargestellten – Weg nicht mitgehen. Schon am Wahlabend vom großen Wahlverlierer FDP initiiert, kam es stattdessen zur Bildung einer – rechtlich sehr zweifelhaften – technischen Fraktion, deren Abkürzung zweieinhalb mal mehr Buchstaben aufweist, als die Vereinigung Mitglieder hat. Und die Unionsfraktion sieht nun im CDU/FDP/FWO/DU-Bündnis ihr Instrument zum nackten Machterhalt. Denn dass es nur darum geht, haben vor allem die Haushaltsberatungen in den folgenden Wochen und Monate gezeigt.

So wurde bereits im Oktober verwaltungsseitig der Entwurf eines Doppelhaushalts eingebracht, der mit allen Mitteln noch im laufenden Jahr verabschiedet werden soll. Mein Hinweis in der letzten Kreistagssitzung, dass dadurch die Mitwirkungsrechte des Kreistags verkürzt werden, ist verlacht worden. Der CDU-Fraktionsvorsitzende erwiderte vielmehr, man sei auf eine frühe Beratung sehr gut vorbereitet.

Die Vorbereitung der rechnerischen Kreistagsmehrheit war dann so schlecht, dass sie sich außer Stande sah, auch nur in einem Fachausschuss den Etatentwurf abschließend zu beraten. Selbst die Generalberatung im Finanzausschuss wurde auf Bitte der Elf-Buchstaben-Koalition vertagt.

Materiell lebt der Kreis mit dem vorliegenden Etatentwurf von der Substanz. Wurden in den letzten Jahren die Städte und Gemeinden durch zu hohe Umlagesätze geschröpft, wird in den nächsten beiden Jahren wieder Eigenkapital des Kreises verzehrt, um angemessene allgemeine Umlagesätze beschließen zu können. Finanzpoli-

tisch gesund ist weder das Eine noch das Andere. Wir haben nachgefragt und die Verwaltung musste zugestehen: das Eigenkapital der kommunalen Familie, also die Kapitaldecke des Kreises sowie der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, schrumpft seit Jahren dramatisch. Bei jeden Unternehmen in der Privatwirtschaft würden jetzt alle Alarmsignale ohne Unterbrechung blinken.

Des Weiteren läuft der Jugendetat mehr und mehr aus dem Ruder. Insbesondere bei den „Hilfen zur Erziehung“ sehen wir trotz personeller Mehraufwendungen keine entsprechende Minderung der Fallkosten. Genau dieser Effekt wurde uns aber vor Jahren versprochen. Der benachbarte Rheinisch-Bergische Kreis senkt seine Jugendamtsumlage von 25,55 auf 25,51%. Hier im Oberbergischen soll diese Umlage von 25 auf über 28% erhöht werden.

Schließlich finden sich im Etatentwurf viele kleine Erhöhungen bei freiwilligen Ausgaben, die – für sich genommen – wünschenswert sind, für die aber kein zielführendes Konzept vorgelegt wurde. Beispielsweise wird wohl jedes Kreistagsmitglied 70.000 EUR mehr für den Jugendsport befürworten. Meine Fraktion tut dies ausdrücklich. Blamabel ist allerdings, wenn das Jugendamt erst im Nachhinein und nach entsprechenden Nachfragen im Fachausschuss Richtlinien zur Verteilung der Mittel entwickeln soll. Meine Kolleginnen und Kollegen, hier und an anderer Stelle spürt man die alleinige Wahlkampfabsicht und ist verstimmt.

Meine Damen und Herren der Elf-Buchstaben-Koalition,

ich halte abschließend fest: Sie verweigern sich konstruktiven Vorschlägen zur Weiterentwicklung des Kreises, egal, ob es um bessere Inhalte, um mehr Effizienz, um mehr Transparenz oder ein mehr an demokratischer Mitwirkung geht. Sie verweigern sich auch, wenn wir Ihnen zum wiederholten Male vorschlagen, gemeinsam eine strukturelle Durchforstung des Kreisetats anzugehen. Sie wollen keine Zusammenarbeit. Und deshalb darf es Sie nicht wundern, dass Sie den Haushalt alleine verabschieden müssen.

Wir danken vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre vorbereitenden Arbeiten zum Haushalt. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.



Ralf Wurth, Vorsitzender